

Jenseits des Wachstums?!

Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.

Kongress
20.-22. Mai '11
TU Berlin



Uta von Winterfeld, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Podium 08: Weniger und anders arbeiten: auf dem Weg zu einer Gesellschaft jenseits des Wachstums?

1. These: Eigenarbeit

(Wie kann Wachstumskritik mit Kritik am Fokus auf Erwerbsarbeit verknüpft werden?)

"Recht auf Eigenarbeit statt Pflicht zum Wachstum" – lautet ein Aufsatztitel von Christine und Ernst v. Weizsäcker aus den 1980er Jahren. Eigenarbeit, in der Anstiftung konzipiert (in Anlehnung an Ivan Illich) und in den Häusern der Eigenarbeit umgesetzt, folgt dem Motto: Selber machen statt kaufen. Dem Wachstumszwang: Immer mehr arbeiten – egal was –, um immer mehr zu verdienen – egal wie –, um immer mehr konsumieren zu können – egal wozu – wird mit Entkommerzialisierung begegnet. Zugleich geht es um die Stärkung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, um den Gewinn von Handlungsautonomie und um die Verringerung der Abhängigkeit von abstrakter Fremdversorgung über den Markt.

2. These: Schattenarbeit (Hauptthese)

(Welche Tätigkeiten zählen unter Bedingungen jenseits des Wachstumszwanges als gesellschaftlich sinnvolle Arbeit? Welche Rolle kann Nichterwerbsarbeit spielen, wie wird sie sozial abgesichert, welche Formen gesellschaftlicher Anerkennung sind denkbar?)

1994 zeigten sich Feministinnen auf einem Wuppertaler Workshop zu Zukunft der Arbeit und Eigenarbeit nicht begeistert. Bei der Eigenarbeit würden aus dem großen Bereich der Nicht-Erwerbsarbeit einige "produktive Elemente" herausgepickt, während der Rest erst recht im Diffusen verbleibe. Dies verweist auf eine zentrale Frage: Das Verhältnis von Arbeit und Nicht-Arbeit. Hierzu drei Aspekte:

a) Schattenarbeit meint bei Ivan Illich, dass die Erwerbsarbeit, um produktiv, bezahlt und wertvoll zu sein, stets einen Schatten des nicht-produktiven, nicht-bezahlten und nicht-wertvollen erzeugt und braucht. So wird "Natur" ebenso zur an sich wertlosen Ressource wie die sozial weibliche Arbeit der Sorge und der Pflege bzw. der Bewahrung und Herstellung des Produktiven. Schattenarbeit verweist somit auf ein Ausbeutungs- und Externalisierungsverhältnis: Die Erwerbsarbeit bezieht Natur und sozial weibliche Tätigkeiten als Abgespaltenes ein.

b) Um dies analytisch zu fassen und Perspektiven zu entwickeln, reicht allerdings der Kriterienbereich "jenseits des Wachstumszwanges" nicht aus. Sondern drei andere Kriterien sind wichtig. Erstens Markt und Nicht-Markt. Derzeit "zählt" nur (BIP), was über den Markt

gehandelt wird, daher zählt auch nur die Arbeit(skraft), die am Markt verkauft und gekauft wird. Zweitens bezahlt und und bezahlt. Derzeit wird nur die über den Markt gehandelte Arbeit "entgolten", während alle anderen Tätigkeiten in deren Schatten stehen und mit Blick auf Existenzsicherung von ihr abgeleitet bzw. von ihr abhängig sind. Drittens kann die Frage nach der Qualität der Arbeit in diesem System gar nicht gestellt werden. Ob eine Arbeit Lebensgrundlagen zerstört oder erhält und gestaltet, ob sie zur Verringerung oder Erweiterung von Fähigkeiten (capabilities) führt, spielt wenn überhaupt, eine untergeordnete Rolle.

c) Dennoch ist das von Bismarck installierte und bis heute in Deutschland angewandte System der sozialen Sicherung über Versicherungsbeiträge um die Erwerbsarbeit zentriert. Zugleich erweist sich dieses Sicherungssystem als zunehmend unzureichend und tendiert dazu, prekäre Situationen zu schaffen anstatt sie einzudämmen. Bei der Debatte um Alternativen, insbesondere zur Entkopplung von Arbeit und Einkommen/soziale Sicherung treffen sich neoliberale Geister wie Götz Werner mit linken Geistern. Beide schlagen eine steuerfinanzierte statt eine beitragsfinanzierte soziale Sicherung vor und klammern die Frage nach der Sozialpartnerschaft (von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen) eher aus. Ein linker konzeptioneller Ansatz stammt von der AG Links-Netz: Eine Politik der sozialen Infrastruktur, die mehr umfasst als eine steuerfinanzierte Grundsicherung/Grundeinkommen. Hier ist die Frage nach dem Verhältnis von öffentlich und privat aufgeworfen.

3. These: Vom Recht auf Gemeinheit

(Wie kann diese in einer Postwachstumsgesellschaft organisiert und verteilt werden?)

Die Befreiung der jetzigen Arbeit von Wachstums- und Vermarktungszwang, die Befreiung der jetzigen Nicht-Arbeit von Ausbeutung, Marginalisierung bzw. externalisiert sein, bedarf neuer Gesellschaftsverträge. Arbeit kann nicht nur und auch nicht vor allem auf dem Markt gehandelt werden. Sondern sie muss auch und in der Hauptsache im Parlament ausgehandelt werden. Erst auf dem Weg vom Marktplatz ins Rathaus können Fragen nach gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeiten, nach ökologischen, sozialen und kulturellen Qualitäten von Arbeit überhaupt gestellt werden.